

Der Oberbürgermeister von Berlin über die Kartoffelversorgung.

Wien, 18. September.

Donnerstag verhandelte die Berliner Stadtverordnetenversammlung über die Approvisionierung von Berlin. In derselben wurde Mitteilung gemacht, daß der Brotpreis (1 Kilo) von 42 auf 34 Pfennig herabgesetzt wurde und daß eine Verbilligung von Rind- und Kalbfleisch unmittelbar bevorsteht. Den Antrag, die Versorgung Berlins mit Nahrungsmitteln während des Winters sicherzustellen und bei dem Kriegsernährungsamt die viel zu hohen Höchstpreise für Brot, Fleisch, Fett usw. unter Sicherstellung der Zufuhr möglichst zu ermäßigen, begründete Stadtverordneter Wurm, der unter anderem ausführte: Die Gemeinden stehen macht- und rechtlos den Faktoren gegenüber, die durch den Reichstag sämtliche Machtbefugnisse erhalten haben; die Vollmachten der Gemeinden sind eng begrenzt. Auch der Amtsantritt des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes v. Balocki hat keinen Wechsel des Systems gebracht, sondern es ist nach wie vor das alte bankrott gewordene System maßgebend, wonach der Landwirt einen Anreiz zur Produktion durch hohe Preise bekommen soll. Die Höchstpreise sind eine Schraube ohne Ende. An Versprechungen von maßgebender Seite fehlte es ja nicht, aber die Tat steht mit den Versprechungen in Widerspruch; die Preise, die nach der Meinung des Kriegsernährungsamtes abgebaut werden sollen, sind bei den Kartoffeln noch erhöht worden. Diese Höchstpreise sind auf die Dauer unerträglich und für die große Masse des Volkes unerschwinglich. Während der beiden Kriegsjahre ist allein die Verteuerung der sechs wichtigsten Nahrungsmittel auf zwanzig Milliarden zu schätzen. Die Regierung geht nicht energisch genug in der Kartoffelfrage vor; das war eine Kapitulation vor den Januschauern, und diese Kapitulation hat das Kriegsernährungsamt fortgesetzt. Die einzig wirksame Maßregel wäre die Beschlagnahme und Enteignung, um den Bedarf der Städte zu sichern. Die hohen Preise für Kartoffeln sind angefaßt der guten Ernte durchaus unberechtigt, ebenso unberechtigt ist die bisherige Preisfestsetzung für Brot, ganz abgesehen davon, daß die Brotration erhöht werden muß. Es muß auch besseres Mehl gegeben werden und nicht so dumpfiges Mehl, das häufig Ekel verursacht. Der Weizenpreis muß herabgesetzt werden, und man muß verlangen, daß die Lieferung des Mehls in einer für die Städte angemessenen Weise erfolgt. Auch die sehr berechtigten Klagen über die Fleisch- und Fettversorgung sind auf die Mängel des Systems zurückzuführen.

Oberbürgermeister Wermuth sagte unter anderem: Der Ernst der Zeit verlangt, daß wir in den schwierigen Fragen des täglichen Brotes nach Möglichkeit alles Trennende und Verbitternde niederhalten. Das etwas verflaute Gefühl der Kriegswirtschaftseinheit muß neu belebt und danach gestrebt werden, daß alle Reichsgenossen einander die Hand reichen, um den Ueberfluß des einen dem Bedarf des anderen zuzuführen. Fern muß man anerkennen, daß dieser energische Wille auch an den Stellen herrscht, welche ihn in breiter Wirkung in die Tat umzusetzen vermögen und daß jetzt in den wichtigsten Fragen rüstig vorangearbeitet wird. Das hindert nicht, zu wünschen, daß bei Aufstellung des Wirtschaftsplanes für das neue Erntejahr der Plan selbst vollkommener und umfassender gestaltet, besonders aber die Wechselbeziehungen zwischen Schaffer und Verbraucher schärfer ausgeprägt werden mögen, so daß dem bis ins einzelne durchgearbeiteten Verteilungssystem in den Städten eine gleich straffe Regelung der Produktion gegenüberstehe. So wie es jetzt ist, müssen wir uns noch immer bei jedem Artikel durch immer dieselben Uebergangsstadien hindurchhängen. Zuerst Ausschreitungen in den Preisen, dann Höchstpreise, Verschwinden der Ware vom Markt, Beschlagnahme oder meist leider ein mehr oder weniger schwächerer Beschlagnahmeersatz. Dann mit unendlicher Mühsal eine mehr oder weniger geregelte Zufuhr nach den Städten, die eine mehr oder weniger sichere Verteilung in den Städten ermöglicht. Man darf durchaus denen recht geben, die

dem freien Handel, solange große Mißbräuche das nicht unmöglich machen, die Bahn offen halten wollen. Aber wenn einmal der Preiswucher bei einem Artikel des großen Verbrauchs zu einem solchen Einschreiten geführt hat, dann kann dieser Artikel erfahrungsgemäß nicht leben und nicht sterben, bis sich die öffentliche Gewalt seiner vollkommen bemächtigt hat. Das hindert nicht, auch in diesem Falle dem freien Handel als Hilfsorgan einen möglichst großen Spielraum zu lassen.

Dies führt mich zu einem der wichtigsten Nahrungsmittel, bei dem die Regelung sich noch immer tastend vorwärtsbewegt, zur Kartoffel. Hier haben die Städte von der leitenden Stelle im vollen Maße Unterstützung erhalten. Namentlich hat die Reichskartoffelstelle sich bemüht, durch energische Handhabung der neuen Verordnung vom 7. Februar 1916 die Mißstände wettzumachen, welche die viel zu spät ergangene Verordnung vom 9. Oktober 1915 aufwies. Gleichwohl haben die Städte das ganze Jahr hindurch in einer Gefahr geschwebt, die im Winter bei irgend längerem Frost sich geradezu zu einer Krise hätte auszuweiten müssen und die noch im Juni dieses Jahres, als die Frühkartoffel auf den Markt kam, zu recht bedenklicher Verwirrung führte. Diesmal wollen nun das Reich und die Städte dadurch jeder Besorgnis vorbeugen, daß sie große Kartoffelvorräte herbeischaffen und einlagern. Für Berlin allein rechnen wir mit der Notwendigkeit, drei Millionen Zentner Kartoffeln herbeizuschaffen und unterzubringen. Einen großen Teil dieser Riesenumengen wollen wir auf unseren Gütern oder auf Freiflächen in der Stadt einmieten oder in Kellern lagern. Aber ganz kann die Aufgabe nur gelingen, wenn die Bürgerschaft selbst dabei mitwirkt. Für diejenigen Bürger, die geeignete Räume besitzen, aber auch nur für diese heißt jetzt hinsichtlich der Kartoffeln die Lösung: Hamstern. In dem Sinne natürlich, daß jeden Tag nur die Tageskopfmenge verbraucht wird. Außerdem aber bedürfen wir der Mitwirkung des Großwieses des Kleinhandels. Insbesondere würde die Anschaffung unserer 6000 Kleinhändler zum allerschwersten Schaden der Verbraucher eine fortgesetzte Aufregung und Störung hervorrufen. Deshalb haben wir uns Wochen hindurch nachdrücklich gegen eine Preisfestsetzung gewehrt, die den Händler nicht genügend befähigt und anreizt, sein Hilfswerk auszuüben. Man verwechsle doch nicht den schändlichen Preiswucher, den wir auf so vielen Gebieten bekämpfen, mit den ganz legitimen Anwendungen, die der verwickelte Prozeß vom Ankauf auf dem Lande bis zur Verteilung in der Riesenstadt unvermeidlich mit sich bringt. Die deutschen Städte sind hierin ganz mit Berlin einig. Da das Kriegsernährungsamt dennoch eine Herabsetzung des Preises wünschte und schon öffentlich in Aussicht gestellt hatte, hat man den Ausweg gewählt, den Gemeinden den ihnen entstehenden Schaden durch Reich und Staat zu ersetzen. Prinzipiell ist dieses Mittel im höchsten Grade bedenklich. Seine Einbürgerung würde die Finanzen jeder Gemeinde untergraben. Sehr ungern und unter lebhafter Verwahrung haben sich deshalb die Großberliner Gemeinden entschlossen, im vorliegenden Einzelfall auch ihrerseits ein Drittel beizusteuern, damit der niedrigere Preis festgehalten werden kann.

Sehr bedauerlich ist, daß die zuständigen Reichsbehörden in der Milchfrage noch keine bestimmten Festsetzungen getroffen haben, an die die Gemeinden sich halten können. In einer so wichtigen Sache provisorische Maßnahmen erlassen zu müssen, ist überaus mißlich. Die beträchtliche Einengung des städtischen Fettverbrauchs durch die Maßnahmen in der Milchversorgung ist im Hinblick auf die gerade hier sehr viel reichlichere Versorgung des platten Landes sehr zu bedauern. Um so mehr werden wir uns gegen jede weitere Erhöhung des Erzeugerpreises für Milch wehren müssen.

Unser wirtschaftliches Gemeindeleben ist noch immer gesund und stark. Die Zahl der Arbeitslosen ist von 1913 bis 1914 bis jetzt von 58.000 auf 1400 zurückgegangen. Das Ushl für Obdachlose beherbergte Januar bis August 1916 nur ein Zehntel der Besucher des gleichen Zeitraums von 1913. Fern sei es von mir, die Schwierigkeiten irgendwie zu verschleiern, die unsere Bürgerschaft im Nahrungsmittelwesen zu übersteifen hat. Aber je unbefangener und deutlicher wir diese uns und den andern, auch den Feinden, darstellen, um so mehr müssen wir Glauben finden, wenn wir hinzufügen, daß die Bevölkerung die Notwendigkeiten, die sie als solche erkannt hat, besonnen und entschlossen tragen wird.